

Kurzfassung

Die Vorstellung, Kinder mit Hilfe von strengen Regeln, psychischer Gewalt und körperlicher Züchtigung einem gesellschaftlich erwünschten Bild anzugleichen, wirkte vor allem in den geschlossenen Systemen staatlicher und kirchlicher Erziehungseinrichtungen bis weit in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein. Den Schilderungen Betroffener wurde lange Zeit nicht geglaubt. Die ersten Fälle von sexuellem Missbrauch, die in Österreich an die Öffentlichkeit gelangten, betrafen kirchliche Institutionen. Doch sehr rasch folgten auch Berichte aus anderen Einrichtungen. Das Ausmaß der Gewalt, das in den Berichten Betroffener sichtbar wird, macht fassungslos. Als klar wurde, dass die Missbrauchsvorwürfe auch Einrichtungen der Stadt Wien betrafen, wurde im April 2010 mit der Aufarbeitung derselben begonnen.

Als einen zentralen Baustein der Aufarbeitung beauftragte die Stadt Wien im August 2010 den WEISSEN RING mit der Vorbereitung und Durchführung von Unterstützungsmaßnahmen für Menschen, die im Rahmen ihrer Unterbringung in Einrichtungen der Wiener Jugendwohlfahrt im Zeitraum zwischen 1945 und 1999 Opfer von Gewalt geworden waren. Von Wiedergutmachung wurde bewusst nicht geredet, denn dass eine solche unmöglich ist, war von Anfang an klar.

Beim Projektstart ging man von einer Gesamtdauer von knapp einem Jahr und einem Budgetbedarf von EURO 2 Mio. aus. Die Zahl der Meldungen überstieg jedoch alle Erwartungen um ein Vielfaches, was dazu führte, dass das genehmigte Budget über mehrere Stufen auf EURO 52,53 Mio. aufgestockt und auch die Meldefrist mehrfach verlängert wurde.

Der WEISSE RING agierte im Rahmen des Projekts als Anlaufstelle für Betroffene, Koordinationsstelle für das Gremium und als Back-Office für alle administrativen Aufgaben, die im Zusammenhang mit der Zahlung und Kontrolle von Clearings und den therapeutischen, rechtlichen und finanziellen Hilfestellungen anfielen.

In 71 Sitzungen bearbeitete ein Gremium, das sich aus acht Expert*innen mit unterschiedlichen Schwerpunkten zusammensetzte, 3.139 Meldungen. Insgesamt 2.384 Betroffene erhielten finanzielle Hilfeleistung. Insgesamt wurden EURO 42,13 Mio. an finanzieller Hilfeleistung direkt an Betroffene ausbezahlt.

Allen Betroffenen wurde auch Psychotherapie angeboten. Dafür wurden insgesamt rund 144.400 Einheiten genehmigt, von denen knapp die Hälfte auch tatsächlich in Anspruch genommen wurden. In Summe wurden für Psychotherapie und Clearings EURO 6,14 Mio. ausgegeben. Ein dritter Baustein des Angebots war die Möglichkeit, Rechtsberatung zu erhalten. Dafür wurden rund EURO 0,09 Mio.

ausgegeben. In Summe machten die Leistungen, die direkt den Betroffenen zugute kamen, 94,5 % der Gesamtausgaben von EURO 51,19 Mio. aus.

Der vorliegende Bericht bietet neben den Details zu den Ausgaben, Prinzipien und Ablauf des Projekts auch sehr persönliche Einblicke aus Sicht der Mitglieder des Gremiums sowie eine ausführliche Analyse der Schreiben Betroffener, die sich im Zuge des Projekts mit Lob und Dank aber auch mit Kritik an den WEISSEN RING gewandt hatten.

Die Historikerin Gudrun Wolfgruber hat diese Schreiben Betroffener analysiert und daraus Aussagen zu Auswirkungen

- (a) des Aufenthalts im Heim und / oder bei Pflegefamilien sowie
- (b) des Projekts selbst

auf das Leben der Betroffenen abgeleitet.

Ein zentraler Punkt war und ist dabei die – sehr oft zum ersten Mal im Rahmen dieses Projekts erlebte – Anerkennung der erlittenen Gewalt. Der Respekt vor dem, was die Betroffenen schilderten, unterschied sich wesentlich von dem, was ihnen im Normalfall bis zu diesem Zeitpunkt begegnet war. Diese Anerkennung wirkte sich auf das Leben der Betroffenen durchwegs positiv aus.

In dieselbe Kerbe schlagen Maßnahmen wie der Staatsakt „Geste der Verantwortung“, die Gedenktafel an der ehemaligen Kinderübernahmestelle (KÜST) und nicht zuletzt die Heimopfer-Rente, die mit 1. Juli 2017 eingeführt wurde.

Der Staatsakt war außerdem ein klares Bekenntnis zur staatlichen und kirchlichen Verantwortung für das erlittene Unrecht. Denn was geschehen ist, war Unrecht und nicht Unglück. Die Heimopfer-Rente hat zum Ziel, die Folgen der erlittenen Gewalt zumindest im Alter ein wenig abzufedern und das Risiko der Altersarmut zu verringern. Denn viele der Betroffenen sind aufgrund ihrer leidvollen Kindheitserfahrungen nachhaltig und langfristig in ihrer psychischen Integrität beeinträchtigt. Das und die oft mangelhafte Ausbildung führten in vielen Fällen dazu, dass Betroffene nicht oder nur schwer am Arbeitsmarkt teilnehmen konnten, was sich nachteilig auf das Lebenseinkommen auswirkte.

Der Bericht liefert außerdem einen Überblick über die zahlreichen für das Projekt relevanten Studien und deren wesentlichste Ergebnisse. Eine umfangreiche Literaturliste rundet den Text ab.